
Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Papua-Neuguinea zählt mit seiner 34 Millionen Hektar großen Regenwaldfläche zu den am dichtest bewaldeten Regionen der Erde. Davon sind rund 15 Millionen Hektar zur - wie die Regierung betont - nachhaltigen Bewirtschaftung freigegeben. Die Realität sieht jedoch anders aus. Nicht die staatliche Forstbehörde, sondern ausländische Holzkonzerne bestimmen im Grunde genommen die Forstpolitik des Landes. Staatliche Kontrollen werden erfolgreich unterlaufen. Für die indigene Bevölkerung sind die Folgen verheerend, bedeutet der Ausverkauf des Waldes für viele auch den Verlust ihrer Lebensgrundlage.

Klaus Schilder geht der Frage nach, ob und wie eine nachhaltige Nutzung des Regenwaldes auf Papua-Neuguinea möglich ist. Im Mittelpunkt steht dabei die Nutzung tierischer und pflanzlicher Waldprodukte (sog. Nichtholz-Produkte) und ihr möglicher Beitrag für einen nachhaltigen Regenwaldschutz.

Nachhaltigkeit ist auch Thema des daran anschließenden Berichts. Thomas Rüde stellt nochmals die von FIAN (*Food First Informations- und Aktionsnetzwerk*) bereits 1995 initiierte Kampagne gegen den industriellen Goldbergbau vor. FIAN und andere Träger der Kampagne sind der Überzeugung, daß der großindustrielle Goldabbau in seiner gegenwärtigen Form keine Strategie für eine nachhaltige Entwicklung darstellen kann. Aus diesem Grund sind kurz-, mittel- und langfristige Ziele ausgearbeitet worden, die letztendlich zu einer nachhaltigen Entwicklung und zum Erhalt von Naturräumen beitragen sollen.

Auch dieser RUNDBRIEF schließt mit einer Buchbesprechung sowie einigen Veranstaltungshinweisen und Literaturvorschlägen. Vorab stellt Ingrid Schilsky noch ein Frauenprojekt aus Neuguinea vor: "Behind the Fences - Künstlerinnen aus Papua-Neuguinea".

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen/ Euch

Berichte

Eine harte Nuß?

Nachhaltiger Regenwaldschutz im Südpazifik ist möglich

34 Millionen Hektar Wald gibt es noch auf Papua Neuguinea. Das Land zählt damit zu den am dichtest bewaldeten Regionen der Erde. In diesem dichten Pflanzenlabyrinth leben die schillernden Paradiesvögel und die straußenähnlichen Kasuare. Auf den Bäumen finden sich eine Vielzahl tropischer Orchideen, und in den sonnendurchfluteten Lichtungen gaukeln die größten Schmetterlinge der Erde. Doch die Regenwälder schrumpfen weltweit mit unverändert alarmierender Geschwindigkeit. Wissenschaftlichen Schätzungen zufolge verschwinden derzeit 10 bis 15 Millionen Hektar Regenwald pro Jahr von der Landkarte. Sollte sich dieser Prozeß nicht verlangsamen, wird spätestens im Jahre 2020 der Regenwald fast vollständig verschwunden sein. In Papua Neuguinea verschwindet ein Prozent des Regenwaldes pro Jahr, die Dunkelziffer liegt weit darüber. Gleiches gilt für den Rest des Südpazifiks. Hauptursache ist neben der Ausbeutung von mineralischen Bodenschätzen vor allem der ungestillte Hunger der Papiermühlen Südostasiens nach tropischen Hölzern, die als Verpackungen von Videorecordern und CD-Playern massenweise den Weg in europäische Verkaufsräume finden.

Malaiische Firmen fressen sich durch den Regenwald

15 Millionen Hektar Regenwald sind in Papua Neuguinea zur Ausbeutung freigegeben. Obwohl eine nachhaltige Bewirtschaftung als primäres Ziel nationaler Forstpolitik gilt, spricht die tatsächliche Situation diesem hehren Ziel Hohn: Große ausländische Holzfirmen, zumeist aus Malaysia, Japan oder Korea, besitzen de facto die komplette Kontrolle über die Forstwirtschaft. Sie entziehen sich erfolgreich der staatlichen Überwachung. Allein in Papua Neuguinea kontrolliert der malaiische Holzgigant Rimbunan Hijau (übersetzt "Ewiges Grün") 86 Prozent des Holzexportes. Für die indigenen Dorfgemeinschaften bedeutet der Ausverkauf des Waldes den Verlust ihrer traditionellen Lebensgrundlage. Sie beklagen seit Jahren die Verschmutzung der Flüsse, die Zunahme der Malaria sowie die rücksichtslose Zerstörung von Waldgärten,

Hütten und kulturellen Stätten. Versprechungen zum Bau von Schulen oder Straßen werden oft nicht erfüllt. Und Entschädigungen sind lächerlich gering. Pro Kubikmeter Holz erhalten die Landbesitzer etwa 5.- DM Entschädigung, die Holzkonzerne verdienen allerdings 75.- DM und mehr daran. Gewinntransfer von Tochterunternehmen sowie falsche Klassifizierung der exportierten Hölzer lassen die Gewinne ins Ausland abfließen. Der Wirtschaft Papua Neuguineas bleibt so kaum etwas vom schnellen Geld mit dem "grünen Gold".

Die Lösung: Nichtholz-Produkte

Die Folgen der industriellen Ausbeutung sind bekannt: Kulturelle Entwurzelung, Landflucht, soziale Verelendung und Zunahme der Gewaltbereitschaft. Jahrelange Erfahrung zeigt, daß die einzig wirksame Maßnahme zum Stopp der Abholzung in der nachhaltigen Nutzung liegt. Nachhaltigkeit meint den langfristigen Erhalt des Ökosystems, die ökonomische Profitabilität der Nutzung sowie die soziokulturelle Akzeptanz. Diese Entwicklung wurde bereits 1992 durch die Verabschiedung der Konvention über die biologische Vielfalt auf dem Erdgipfel in Rio bestätigt. Im Mittelpunkt des langfristigen Regenwaldschutzes steht die Nutzung sogenannter Nichtholz-Produkte. Dies sind all diejenigen tierischen und pflanzlichen Produkte, die für die Subsistenzwirtschaft und für den kommerziellen Handel im Wald gesammelt werden können. Nichtholz-Produkte spielten schon vor dem Zeitalter der großen Entdecker eine wichtige Rolle in der Wirtschaft der indigenen Völker. In archäologischen Ausgrabungen fanden sich Nüsse, die auf über 6000 Jahre datiert wurden. Das ist Rekord für den Urzeitsnack. Doch sie sind auch wirtschaftlich interessant. Der Handel mit Nichtholz-Produkten wie Rattan oder essentiellen Ölen brachte 1982 allein Indonesien einen Gesamterlös von über 340 Millionen DM. Da viele dieser Produkte jedoch nicht über bestehende Märkte gehandelt, sondern von Dorf zu Dorf getauscht werden, ist ihr genauer Marktwert derzeit oft unbekannt. Der kommerzielle Handel mit Nichtholz-Produkten führt zur Wertsteigerung des Waldes und unterstützt damit den Naturschutz.

Der Dreh mit der Nuß

Auf Papua Neuguinea gibt es über 40 Pflanzenarten mit eßbaren Kernen. Doch besonders Galip-, Karuka- und Okari-Nuß sind beliebt und werden häufig auf den lokalen Märkten feilgeboten. Der wohlriechende Weihrauch ist ein naher Verwandter. Da die Bäume häufig weit im Wald verteilt sind, müssen die Dorfbewohner während der Erntezeit von August bis Dezember weite Strecken zurücklegen. Doch der Weg lohnt sich: Ausgewachsene Exemplare bringen es auf einen Ertrag von 100 Kilo pro Jahr. Nur

die reifen Nüsse, kenntlich an der schwarzen Schale, werden vom Boden aufgelesen. Die Kerne werden frisch gegessen oder in Körben über dem Feuer getrocknet. Geröstet sind die schmackhaften Nüsse eine willkommene Beilage zu traditionellen Gerichten wie Wak, Kaukau oder Mumu. Doch die Nuß kann noch mehr: Das gepreßte Öl dient oft zum Kochen oder als Lampenöl. Jeder, der schon mal eine Galipnuß gegessen hat, ist von ihrem nussigen, leicht fettigen Geschmack begeistert. Gute Voraussetzung für eine erfolgreiche Vermarktung.

Kleine Projekte mit großer Wirkung

Auch auf den Salomonen, einer Inselgruppe südöstlich von Papua Neuguinea, wütet der Kahlschlag. Über 50 Prozent der Staatseinnahmen des bankrotten Staates stammen aus dem Geschäft mit dem tropischen Holz. Doch seit 1988 wird hier versucht, den Regenwald durch nachhaltige Nutzung zu schützen. Das Interesse der Regierung ist nicht ganz uneigennützig, denn sie verdient mit an dem Geschäft mit den Nüssen: Die regierungseigene Handelsorganisation CEMA zahlt für die ungeschälten Nüsse je nach Qualität 0.30 bis 0.60 DM. Die Vorteile sind eindeutig: Der Verkauf der Nüsse schafft ein zusätzliches Einkommen für die lokale Bevölkerung und füllt gleichzeitig die chronisch leere Staatskasse. Seit Beginn des Projektes beläuft sich der Gesamtgewinn auf etwa 240.000 DM. Und durch das Projekt ist das Interesse der Bevölkerung am Schutz des Regenwaldes deutlich gestiegen. Gute Erfahrungen hat das Projekt außerdem mit der britischen Kosmetik-Firma "The Body Shop" gemacht. Die Firma kauft das gepreßte Nußöl und finanziert einen Gemeinschaftsfond, der allen Dorfbewohnern zugute kommt. Galipnußöl aus den Salomonen kann nun auch in ausgewählten Filialen in Nordamerika und Europa (SEF) gekauft werden. Ähnliche Wege geht man auch in Papua Neuguinea, so zum Beispiel auf der Insel Siassi: Der dortige Regenwald ist durch eine Tochtergesellschaft des bereits erwähnten Holzkonzerns Rimbunan Hijau akut von der Abholzung bedroht. 1995 gründete sich die Siassi Environment Foundation, um den weiteren Raubbau am Regenwald zu verhindern. Ihre Mitglieder sammeln während der Erntezeit von September bis Dezember die reifen Galipnüsse. Die Nüsse werden anschließend in das Verarbeitungsgebäude im Dorf Mararamu transportiert, dort geschält, dann geröstet und schließlich in Tüten verpackt. Der Gewinn aus dem Verkauf wird von der SEF verwendet, um Schulgebühren für Kinder zu bezahlen, Unterrichtsmaterialien zu beschaffen oder kleinere Gemeinschaftsvorhaben zu finanzieren.

Fazit: Es lohnt sich

Kann der weltweite Handel mit Nichtholz-Produkten jedoch wirklich zum Schutz der tropischen Wälder beitragen? Die Antwort ist eindeutig: Derzeitigen Schätzungen zufolge liegt der Gewinn durch die Nutzung der Galipnuß alleine bereits etwa dreimal höher als der Gewinn aus der konventionellen Nutzung des Tropenholzes im Raubbau. Und auch die Nachfrage stimmt. Derzeit importiert das Land 30 Tonnen US-Erdnüsse. Durch geschicktes Marketing und konkurrenzfähige Preisgestaltung kann die Galipnuß dem US-Snack in Zukunft Marktanteile abjagen. Schätzungen zufolge liegt der Bedarf bei über 18 Tonnen pro Jahr. Doch der Teufel steckt wie so oft im Detail: Lange Transportwege erhöhen oft die Kosten im Land erheblich. Und unter dem Strich? Obwohl das große Entwicklungspotential, das in der Vielzahl von Nichtholz-Produkten aus den tropischen Wäldern steckt, beeindruckend ist, ist doch auch offensichtlich, daß diese Produkte nicht die Panacea ist, die alle Probleme des Tropenwaldschutzes lösen kann. Auch hier besteht die Gefahr der Ausbeutung und Übernutzung der natürlichen Ressourcen. Der Regenwald gilt immer noch als Selbstbedienungsladen, in dem international operierende Konzerne ein profitables und millionenschweres Schnäppchen machen können. Die nachhaltige Nutzung von Nichtholz-Produkten kann, alleine oder in Kooperation mit anderen Projekten, die Geschwindigkeit der Regenwaldzerstörung deutlich verlangsamen. Damit wird Zeit für die Entwicklung eines umfassenden Schutzkonzeptes gewonnen. Die Nutzung von Nichtholz-Produkten muß daher Teil eines integrierten Schutzkonzeptes für den tropischen Regenwald bleiben.

Klaus Schilder, Würzburg

Kampagne gegen den industriellen Goldbergbau

Seit Mitte der achtziger Jahre erlebt die Welt einen neuen Goldrausch von nie gekanntem Ausmaß. Während klassische Förderländer wie Südafrika an überragender Bedeutung verlieren, werden immer neue Vorkommen in Ländern der Südhemisphäre exploriert und abgebaut. Aber auch in europäischen Ländern wie Spanien, Frankreich, Skandinavien, Griechenland, Österreich und Tschechien wird nach dem Edelmetall gegraben. Die negativen Auswirkungen des Goldrausches sind dabei vielfältig. Es geht um ökologische Fragen der Zerstörung von Landschaften, des Raubbaues an Wasserreserven, des Einsatzes hochgiftiger Chemikalien wie Cyanid und der Freisetzung unerwünschter Begleitmetalle wie Arsen. Dazu treten die sozialen Probleme: Vertreibung von Menschen aus ihrem angestammten Lebensraum, Zerstörung gewachsener Kultur- und Sozialstrukturen, Untergrabung von existenzsichernden Strukturen wie z.B. dem Tourismus an der Ägäisküste. Das

Thema Gold weist in seiner Komplexität und Globalität weit über die klassischen Arbeitsansätze einzelner Nichtregierungsorganisationen hinaus. Hieraus entstand die Motivation, die Sachkompetenz einzelner Organisationen in einer gemeinsamen Kampagne zusammenzufügen. Gold ist nicht nur ein soziales oder ökologisches Problem, sondern beides zugleich.

Im September 1995 kamen Interessierte erstmals zu einem Gedankenaustausch zusammen. Derzeit wird die Kampagne getragen von FIAN (Food First Informations- und Aktionsnetzwerk), GfbV (Gesellschaft für bedrohte Völker), Akafrik (Arbeitskreis Afrika), BUND-Ettenheim, NABU (Naturschutzbund Deutschland), Rettet den Regenwald und Einzelpersonen. Gemeinsam ist diesen Trägern die Überzeugung, daß der großindustrielle Goldabbau mit Cyanid mit seinem enormen Land- und Wasserverbrauch, seiner Umweltzerstörung und den sozialen Auswirkungen keine Strategie für eine nachhaltige Entwicklung sein kann. Es bedarf eines nachdrücklichen Wechsels der Wertmaßstäbe. Statt der Gewinne von Aktionären der Bergbaugesellschaften müssen die Landrechte, Wasserrechte und kulturellen Rechte der lokalen Bevölkerung im Vordergrund stehen. Auf der Basis internationaler Standards müssen Haftungsverpflichtungen der Betreiber für gesundheitliche und ökologische Schäden durch die Goldbergwerke getroffen werden. Entschädigungen an Projektbetroffene müssen eine neue Existenzgründung sicherstellen.

Goldbergbau hat in vielen Regionen ein sehr spezifisches Gesicht. Ein kategorisches "Nein" zum Goldbergbau wäre z.B. für Südafrika verheerend; im kanadischen Ontario ist er seit mehreren Generationen in der Region verwurzelt und dort auch zu einem wichtigen Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung geworden. Unser Protest richtet sich aber v.a. gegen die neue Art des Goldbergbaus, bei dem Bergwerke als Fremdkörper in Regionen eindringen und ungeheure Gesteinsmassen in kurzer Zeit umgewühlt werden, um anschließend zerstörte Landschaften und Kulturen zurückzulassen. Er richtet sich gegen die neue Mode der Mini-Bergwerke, die über wenige Jahre ein wenig Gold aus der Erde quetschen. Dieser Art von Wirtschaften müssen höchste soziale und ökologische Standards entgegengesetzt werden. Insbesondere dürfen diese Lasten von den Bergwerkskonsortien nicht externalisiert und den jeweiligen Staaten aufgebürdet werden.

Diese Meßlatte würde sicherlich den gewinnbringenden Betrieb mancher Bergwerke erschweren. Doch sollte man sich bewußt sein, daß sich die Suche nach Gold von allen anderen Erzen unterscheidet: das Edelmetall Gold ist für die Existenz der Menschheit unwichtig und zudem über Generationen in so großer Menge aufgehäuft worden, daß die Fertigung von Schmuck (immerhin drei Viertel der weltweiten Goldnachfrage) und die wenigen industriellen Anwendungen problemlos über viele Jahre aus diesen Vorräten bedient werden könnten. Die besonderen Eigenschaften des Goldes ermöglichen des Weiteren eine beliebige Wiedergewinnung ohne Wertverlust. Es ist daher abzulehnen, daß die Gewinne einer kleinen Aktionärsgruppe wichtiger sein sollen als die nachhaltigen Entwicklungsmöglichkeiten der lokalen Bevölkerung, wichtiger sein sollen als der Erhalt von Naturräumen.

Als Leitfaden für das gemeinsame Handeln ist für die Kampagne eine abgestufte Zielsetzung erarbeitet worden. Wichtige Eckpunkte sind:

kurzfristig

§ Vernetzung der Betroffenen-Gruppen untereinander und mit hiesigen Organisationen zum Aufbau effektiver Unterstützungsstrukturen

§ Aufbau von Kommunikationssystemen (internet-homepage, Info-Brief, Seminare)

§ Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland zu den sozialen und ökologischen Folgen des Goldbergbaus

mittelfristig

§ stärkere Verantwortungsübernahme der Cyanidlieferanten, v.a. der deutschen Degussa

§ Einstellung der Werbung von Sparkassen für Goldbarren und -münzen

§ Rückzug öffentlicher Gelder aus dem Goldbereich

langfristig

§ Entwicklung eines unabhängigen Monitorings zu Verhaltenskodizes der Gold-Bergbauindustrie und eines Mustervertrages

§ Vorschlag einer UN-Konvention zum Goldabbau

Diese Zielsetzungen sind ein Leitfaden ohne damit die Kampagne gegen neue Entwicklungen verschließen zu wollen.

Seit der Tagung an der evangelischen Akademie in Tutzing hat die Kampagne nun eine feste Mitarbeiterin erhalten, die ihren Arbeitsplatz im Büro der FIAN-Sektion Deutschland in Herne hat und durch Förderzuschüsse Misereors getragen wird. Damit erhält die Kampagne nun eine festere Organisationstruktur. Auf einem Treffen Mitte November in Frankfurt wurden zudem neue Kontakte nach Kirgistan und Tschechien geknüpft, die die bisherigen Fallschwerpunkte Philippinen, Nevada und türkische Ägäis ergänzen werden. Tschechien und die Türkei zeigen besonders zwei Tendenzen auf, denen zukünftig großes Gewicht beikommen wird:

Zum einen versuchen die Bergwerksunternehmen den jahrelangen Widerstand in der Bevölkerung und den kommunalen Organen gegen ihre Projekte mehr oder weniger offen durch die Lancierung projektfreundlicher Kampagnen, politischer Gruppierungen und Kommunalbeamter zu untergraben. In Böhmen ist dieser Ansatz zwar bei den letzten Kommunalwahlen durch den überragenden Sieg der Projektgegner in das Gegenteil verkehrt worden, doch wird zukünftig auch Hilfe von außen, und sei sie nur eine Sympathiebekundung die das Selbstvertrauen stärkt, nötig sein. Zum anderen zeigt sich deutlich ein Beziehungsgeflecht zwischen Bergbaukonsortien in der Türkei, Griechenland und Tschechien. Diesem kann dauerhaft nur international begegnet werden. Die Kampagne ist hier wichtiger Moderator um die Menschen einzelner Orte über die Grenzen hinweg mit einander in Kontakt zu bringen.

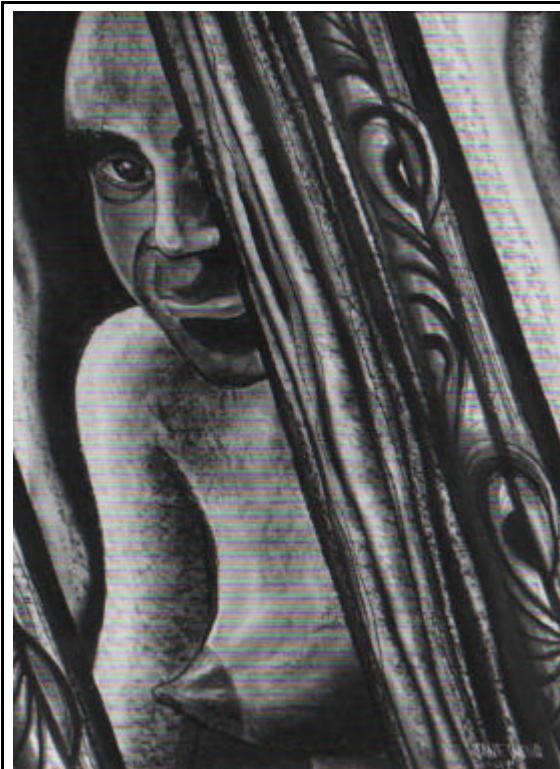
Einen nächsten Schritt wird die Goldkampagne im Frühjahr 1999 tun und gemeinsam mit dem Gustav-Stresemann-Institut ein Expertenseminar zum Thema "Mythos Gold - Rohstoffabbau und Menschenrechte" organisieren. Das Programm kann erfragt werden bei:

Gold-Kampagne
Frau A. Broden
c/o FIAN-Deutschland
Overwegstr. 31
44625 Herne

Thomas Rude, München

Behind The Fences -

Künstlerinnen aus Papua-Neuguinea



Hinterm Zaun, im Verborgenen, ohne Anerkennung ihrer künstlerischen Fähigkeiten, leben viele Frauen in Papua-Neuguinea. Fünf Künstlerinnen haben im Oktober letzten Jahres den Schritt "nach draußen" gewagt und - mit Unterstützung des Netzwerkmitgliedes Marion Struck-Garbe - ihre Werke in Port Moresby der Öffentlichkeit präsentiert, in der ersten Ausstellung, die ausschließlich Frauen vorbehalten war.

Jane Wena und Gazellah Bruder reisten anschließend auf Einladung des DED nach Berlin, um dort ihre eigenen Bilder sowie Exponate von Winnie Weoa und Julie Mota zu zeigen. Auch im Museum für Völkerkunde in Hamburg und bei der Internationalen Kunstausstellung in Glinde (bei Hamburg) waren Werke der Frauen zu sehen, weitere Ausstellungen im norddeutschen Raum sind in Vorbereitung.

Alle Künstlerinnen haben ihre Diplome an der "Faculty of Creative Arts" der Universität in Port Moresby gemacht. Auf ihren Bildern und Druckgrafiken bilden sie gerne traditionelle Motive ab, die meist sehr farbenfroh sind. Weil sie nicht sicher ist, wie lange sich diese Traditionen noch halten werden, griff die Grafikerin Jane Wena, die lange Zeit ausschließlich mit Bleistift und Tusche gearbeitet hatte, zu Pastellfarben, um etwa die bunten Gesichtsbemalungen wiedergeben zu können. Die Liebe zu ihrem Land, seinen Menschen und ihrer Kultur bringt auch Winnie Weoa in ihren Bildern zum Ausdruck. Die gehörlose Künstlerin hat sich auf "Dot Paintings" spezialisiert und ist damit in PNG inzwischen sehr bekannt, und die meisten ihrer nach Deutschland gebrachten "Dot Paintings" sind bereits verkauft.

Neben den traditionellen Elementen fließen



in die Bilder von Gazellah Bruder und Julie Mota auch die Auseinandersetzungen der Künstlerinnen mit ihrer eigenen - oft als undankbar empfundenen - Rolle als Frau und Mutter und mit den kritisch betrachteten westlichen Einflüssen in Papua-Neuguinea ein.

Die Künstlerinnen würden sich über den Verkauf weiterer Bilder sehr freuen. Es sind sowohl preiswerte kleinformatische Drucke als auch ausdrucksstarke große Bilder vorhanden, von denen wir Interessenten gern ein Foto zusenden.

Kontakt: Ingrid Schilsky, Erich-Kästner-Ring 17, 22175 Hamburg;
Tel. 040 / 640 83 93; Fax 040 / 640 83 39; e-mail: ueckert-schilsky@t-online.de

Buchbesprechung

Gewalt und Gerechtigkeit in Papua-Neuguinea

Australian Agency for International Development (AusAID): Papua New Guinea Law and Justice Baseline Survey of Community Initiatives. Canberra 1997

In den frühen Morgenstunden des 5. August letzten Jahres verschafften sich 20 junge, mit Gewehren und Äxten bewaffnete Männer Zugang zum Mädchenschlafsaal des Okapa-Gymnasiums im Östlichen Hochland. Für drei Stunden befanden sich die fünfzehn 15 bis 19 Jahre alten Schülerinnen in der Gewalt der Eindringlinge, die sie mehrfach vergewaltigten, schlugen und ausraubten. Warum niemand vom Lehrkörper und der Wachmannschaft den Mädchen zu Hilfe kam, ist unklar. Bis heute ist ein Teil der Täter flüchtig. Mitte März ist ein junges Mädchen in der Hauptstadt Port Moresby von 24 Männern vergewaltigt worden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Der Südpazifikstaat Papua-Neuguinea (PNG) weist im internationalen Vergleich die zweithöchste Rate sexueller Gewalt gegen Frauen auf. Auf diese erschreckende Statistik verwies Anfang März die Frauenbeauftragte des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) anlässlich des internationalen Frauentages in Port Moresby. 40% der Vergewaltigten sind Mädchen. Die hohe Zahl von Opfern steht nach UNDP-Einschätzung in direktem Bezug zur rapiden Zunahme von Aidsinfizierten. Umgekehrt führt die um sich greifende HIV-Epidemie zu mehr Gewalt gegen Frauen.

Sieht man von fast täglich erscheinenden Berichten in den beiden Tageszeitungen PNGs ab, findet das Thema der zunehmenden Alltagskriminalität und -brutalität und hier besonders der Gewalt gegen Frauen in der Öffentlichkeit kaum Resonanz. Staatliche Institutionen reagieren mit Hilflosigkeit bzw. der Durchsetzung des Rachegedankens. Mindeststrafen von 18 Jahren Gefängnis für Vergewaltigung und Totschlag sind im Land mittlerweile die Regel. Richter fordern immer häufiger lauthals die Durchführung der bereits vor Jahren legalisierten Todesstrafe.

Die von der offiziellen australischen Entwicklungsorganisation AusAID in Auftrag gegebene Studie versucht nun, das Kriminalitätsproblem in seiner Vielfalt (mit Schwerpunkt Frauen und Kinder) zu thematisieren, bisherige vor allem nichtsstaatliche Gegenstrategien zu evaluieren und Verbesserungsvorschläge herauszuarbeiten. Das Projekt wurde von einem US-Anthropologen, einer damals im Land lebenden belgischen Kriminologin und vier PNG-ForscherInnen durchgeführt, darunter auch eine der Schlüsselfiguren des Netzwerks der Nichtregierungsorganisationen, Peti Lafanama (der, 1997 zum Parlamentsmitglied und Gouverneur seiner Provinz gewählt, mittlerweile wegen Wahlbetrugs schon wieder zum gemeinen Bürger degradiert wurde). Vor-Ort-Studien mit Work-shops, Gruppendiskussionen und Einzelgesprächen erfolgten in vier der 19 Provinzen.

Die Autoren heben im ersten Teil der Arbeit hervor, daß Kriminalität und Gewalt in den letzten 20 Jahren alle Ebenen der Gesellschaft durchdrungen haben. Das beginnt in der Kleinfamilie, in vielen Haushalten PNGs ist Gewalt Teil des Alltags und Frauen und Kinder sind die Opfer, und endet in staatlichen Institutionen. Städte sind ebenso wie ländliche Regionen betroffen, in denen Überfälle durch bewaffnete Banden und das Wiederaufflammen blutiger Stammeskriege erhebliche soziale und wirtschaftliche Auswirkungen zeitigen. Der blühende Handel mit Marihuana und dessen Austausch gegen moderne Waffen wird für die ländliche Eskalation an Gewalt mitverantwortlich gemacht.

Die Ursache dieser zerstörerischen Dynamik wird in der Übergangssituation einer Gesellschaft geortet, in der früher mehr als 800 soziale (Stammes-) Gemeinschaften autonom voneinander existierten. Die durch Einführung der Cash-Ökonomie ausgelöste soziale Fragmentierung führt zur Erosion kommunaler Kooperation und interpersoneller Beziehungen. An deren Stelle treten Rivalität und Konkurrenz. Die traditionellen Verwandtschaftssysteme mit ihren ausgeprägten Förder- wie auch Restriktions- und Konfliktlösungsmechanismen lösen sich auf und geraten mit modernen westlichen Werte- und Sanktionskonzepten aneinander, die auf Polizei, Gerichte und individuelle Bestrafung setzen.

Viele sehen in der Abwanderung in die Städte eine Alternative, in denen aber hohe Arbeitslosigkeit, geringe Bildungsmöglichkeiten sowie Alkohol- und Marihuanagenuß zu Konflikten innerhalb von Familien wie auch zwischen ethnischen Gemeinschaften führen. Ohne Einkommensquelle sehen sich viele gezwungen, das Überleben auf illegalem Wege zu sichern. Zur Gewaltkultur tragen aber auch Korruption in allen gesellschaftlichen Schichten und Menschenrechtsverletzungen durch Polizisten und private Wachdienste bei, die das Vertrauen in die Legitimität des Staates untergraben.

Die bestehenden staatlichen und nichtstaatlichen Initiativen zur Kriminalitätsbekämpfung setzen

auf allen institutionellen Ebenen an. Polizeiliche Aktivitäten bestehen aus Konsultationsforen mit Kommunen, `law and order'-Komitees, lokalen Gerichten und Sicherheitsmaßnahmen (Fußpatrouillen, kleine Polizeistationen). Die Autoren werten die Initiativen insoweit als erfolgreich, als sie an lokale Bedingungen angepaßt sind, örtliche Probleme reflektieren und zudem traditionelle Repräsentanten mit Entscheidungsbefugnis vertreten sind.

Hinzu kommen eine Vielzahl lokal agierender NGOs und kirchliche Organisationen, die sich mit arbeitslos oder straffällig gewordenen Jugendlichen beschäftigen oder mit Bewußtseinsbildung im Bereich Korruption und wirtschaftliche Ausbeutung engagieren. Trotz mancher Erfolge sind viele der Programme aufgrund finanzieller Engpässe, fehlendem Training wie auch interner und externer Meinungsverschiedenheiten begrenzt.

Der zweite Teil der Studie befaßt sich mit der Gewalt gegen Frauen und dem sexuellen Mißbrauch von Kindern. Seit den 80er Jahren hat die Zahl von Vergewaltigungen in PNG "dramatisch zugenommen". Die Tat wird immer brutaler und wahlloser, die Opfer immer jünger. Sie erfolgt bei `normalen' Raubüberfällen genauso wie bei Stammesfehden. Eine besonders gewalttätige Variante ist die Massenvergewaltigung einer Frau (gang oder pack rape). Auch dabei werden die Täter immer jünger. Selbst Zehnjährige sind keine Seltenheit mehr. Der sexuelle Mißbrauch von Kindern findet weit häufiger statt als bisher angenommen.

Anthropologische Studien zeigen, daß Gewalt gegen Frauen kein `normaler' Bestandteil der melanesischen Kultur war. Auch Vergewaltigungen waren nicht alltäglich, pack rape völlig unbekannt. Heute hingegen vollzieht sich der Zusammenbruch von Traditionalität und damit der Verlust der sozialen Kontrolle innerhalb der Gemeinschaften. An Gründen für die häusliche Gewalt werden erhöhte Anforderungen der Familie und Eifersucht genannt. Auch viele Frauen sind mehr denn je gewalttätig gegenüber Ehemännern oder Mitfrau(en). Die sich auflösende Kooperation und Gleichbehandlung in polygamen Ehen sowie Ehebruch führen hier zum Streit. In Städten überwiegen Arbeitslosigkeit und Geldprobleme verstärkt durch Alkoholkonsum.

Von Regierungsseite aus wurde bisher zum Thema Gewalt, Diskriminierung und fehlender politischer Repräsentation von Frauen kaum etwas getan. Stattdessen scheiterte ein erster juristischer Reformversuch bereits im Jahr 1985 an der ablehnenden Haltung der Parlamentsabgeordneten. Es gibt weder Programme zur Prävention noch zur Hilfe von Opfern. Gesundheitsbehörden geben Geldmangel als Grund an. Auch auf Nicht-regierungsseite gibt es nur wenige Initiativen, die sich mit bewußtseinsbildenden Programmen, der entscheidenden Komponente zur Veränderung von Verhalten, sowie mit Frauenhäusern (refuge/crisis centres) und Rechtsberatung engagieren, für die es erheblichen Bedarf gibt. Als neues aber teures Konzept wird versucht, Opfern bei der Rückkehr in ihren Abstammungsort zu helfen. Für mißbrauchte Kinder gibt es bis heute keine Hilfen.

Zusammenfassend wird die Aufhebung von Gesetzen als existentiell hervorgehoben, die Gewalttätigkeit gegenüber Frauen sanktionieren. Noch immer ist es für einen Mann legal, seine Frau oder Frauen zur Sexualität zu zwingen. Auch seien Gesetze zu verabschieden, die Kinder

vor Mißbrauch und sexueller Ausbeutung einschließlich Pornographie und Prostitution schützen. (Trainings-) Programme zur Bewußtseinsveränderung, zur Verbesserung von Beratungsangeboten und der Unterstützung ländlicher Richter sowie generell zur wirtschaftlichen und sozialen Stärkung der Frauen (empowerment) werden als unabdingbar angesehen.

Es steht außer Frage, daß die Studie wichtig ist. Sie zeigt, daß die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten und die Veränderung des subalternen Status der Frau (vor allem in den patrilinearen Hochlandgesellschaften) zu den zwei wichtigsten gesellschaftlichen Prioritäten gehören muß. Die vielen vorgefundenen Initiativen sind zudem eine Überraschung und geben auf lokaler Ebene Hoffnung. Sie widerlegen die öffentliche Wahrnehmung von Hilflosigkeit.

Aufgrund der anhaltenden wirtschaftlichen Probleme sind jedoch Zweifel angebracht, ob die destruktive gesellschaftliche Dynamik in PNG noch stopp- und umkehrbar ist. Zu fragen ist, wie sich in dem Land eine alternative, auf friedliche Konfliktlösung ausgerichtete Umgangs- und Streitkultur durchsetzen soll, wenn dessen Regierungschef, Bill Skate, im Fernsehen folgenlos erklären kann: "Ich kann sehr unbarmherzig sein...Wenn ich meinen Gangmitgliedern befehle zu töten, töten sie...Es gibt keinen anderen Paten...Ich bin der Pate." Die große Mehrheit der politischen Führer ist individuell oder über Verwandte in dubiose Geschäfte verwickelt. Die überzeugende, weil mutige öffentliche Forderung des katholischen Hochlandbischofs Stephen Reichert nach ehrlichen "big-men" statt "wantok" (eine Ethnie)-abhängiger Führer läuft da ins Leere.

Der sich seit 1994 zuspitzenden Haushaltskrise dürften viele der noch in der Studie genannten Initiativen zum Opfer gefallen sein. Dies betrifft vor allem das ganze Spektrum finanziell vom Staat abhängiger Maßnahmen angefangen von der kommunalen Polizeikooperation bis zum Training dörflicher Friedensrichter. Zudem hat die Regierung erst kürzlich angekündigt, aus Geldmangel tausend der insgesamt viertausend PolizistInnen zu entlassen. Auch langjährig arbeitende NGOs wie das in Madang angesiedelte Christensen Research Institute mußten wegen finanziellen Mißmanagements und interner Querelen schließen.

Angesichts der alltäglichen Not vor allem der Frauen und Kinder dürfen diese Rückschläge allerdings kein Grund sein, noch bestehenden Initiativen die (finanzielle) Unterstützung zu versagen bzw. diese nicht noch auszuweiten (bspw. für die Rechtsberatungsorganisation ICRAF durch `Brot für die Welt'), auch wenn überall begleitende Maßnahmen für korrekte Rechnungsführung und Kontrolle notwendig sind.

Roland Seib, Goroka/PNG

Termine

SEMINARE:

21. bis 23. Mai 1999, Berlin:

"Christsein und Menschenrechtsverletzungen in Indonesien und anderen asiatischen Staaten"

Am Beispiel von Menschenrechtsverletzungen in asiatischen Staaten, insbesondere aber vor dem Hintergrund der Analyse der gegenwärtigen politischen Situation in Indonesien, soll in Begleitung fach- und sachkundiger Referenten unter anderem folgenden Aspekten nachgegangen werden:

- Die politische Lage und die Menschenrechtssituation in Indonesien
- Die Rolle der christlichen Kirchen im gegenwärtigen Umwälzungsprozeß Indonesiens
- Eruiierung institutioneller Einflußmöglichkeiten bestimmter Personengruppen und gemeinsame Erarbeitung konkreter Modelle politischen Handelns

Referenten werden sein: Prof. Dr. Franz Magnis Suseno SJ, Rektor der STF Diryakara, Jakarta und Dr. Georg Evers, Missionswissenschaftliches Institut Missio e.V., Aachen

Veranstalter ist die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG). Nähere **Infos/ Anmeldung** bei der AGG, Rheinweg 34, 53113 Bonn, Tel.: 0228 - 9 23 67 0, Fax: - 9 23 67 15, e-Mail: AGG-Bonn@t-online.de

Oktober 1999, Freiburg:

"Fairer Handel im Tourismus"

Das Unbehagen an der touristischen Durchdringung der Welt ist paradoxerweise so massenhaft geworden wie das Reisen selbst. Obwohl zwei Drittel der Deutschen glauben, der Tourismus habe dem jeweiligen Urlaubsort geschadet, boomt die Reiseindustrie ungebrochen. Insbesondere Fernreisen in Länder der Dritten Welt weisen hohe Zuwachsraten auf.

Der Reisemarkt hat auf die Tourismuskritik der 80er Jahre mit der Bereitstellung von "sozial- und umweltverträglichen" Angeboten reagiert. Bei näherer Betrachtung erweist sich dieser als "sanft" angepriesene Tourismus aber als nur kosmetische Korrektur an den üblichen Reiseformen. Kritiker aus Nord und Süd bemängeln, daß auch bei den "alternativen" Angeboten Mensch und Natur ausgebeutet werden.

Das Seminar will die aktuelle Debatte um "fairen Handel" im Tourismus aufgreifen und die Stärken und Schwächen verschiedener alternativer Tourismusansätze diskutieren. Zweiter Schwerpunkt ist eine kritische Bestandsaufnahme der Tourismuskritik.

Weitere **Infos/ Anmeldung** bei der BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040 - 39 31 56, Fax: 040 - 390 75 20, e-Mail: buko@cl-hh.cl.sub.de

AUSSTELLUNGEN:

**bis 9. Februar 2000,
Museum für Völkerkunde,
Frankfurt**
(Schaumainkai 29-37):
"Talofa! Samoa, Südsee"

Mit der Ausstellung "Talofa! Samoa, Südsee" will das neu renovierte Museum für Völkerkunde nicht länger den Blick der Fremden aufs Exotische reproduzieren, sondern reflektieren, wie die Samoaner selbst ihre Kultur sehen. Dabei soll auch ein wenig das Bild vom "Südsee-Traum" zu- rechtgerückt werden.

Themen wie Religion, Geschichte, Gesellschaftsordnung, traditionelle Werte oder auch die Bedeutung von Zeremonien sollen für die Besucher greifbar werden.

Der Ausstellungs-Rundgang beginnt im Erdgeschoß mit einer "Installation in der Farbe Blau", als Hinweis auf die riesigen Weiten des Pazifiks, in denen die insgesamt 14 Inseln Samoas liegen. Unter dem Titel "Kultur aus der Natur" wird ebenfalls zu Anfang gezeigt, wie die Inselbevölkerung die Natur nutzte, ohne sie zu zerstören, etwa durch den umfassenden Gebrauch der Kokospalme. Abstraktere Themen schließen sich im Obergeschoß des Museums an.

Im Rahmen der Sonderausstellung werden auch Arbeiten zeitgenössischer Künstler vorgestellt.

Neue Dossiers

Nr. 47:

"Laßt nie ab, gegen die Annexion Hawai`is zu protestieren". Dte. Fassung des Mitteilungsblattes "Self-Determination" des Kanaka Maoli Tribunal K_mike.

Hrsg.: Kanaka Maoli Tribunal K_mike, Juli 1998, 13 Seiten, DM -,50

Nr. 48:

Umweltzerstörung - Ethnizität - "bad governance". Modernisierungskonflikte am Beispiel der Ok-Tedi-Mine in Papua-Neuguinea.

Autor: Roland Seib, Dezember 1998, 18 Seiten, DM 1,-

Nr. 49:

Bougainville: Kupferbergbau, Umweltzerstörung, Krieg.

Autor: Volker Böge, Dezember 1998, 15 Seiten, DM 1,-

Nr. 50:

Neukaledonien: Indigener Minenbesitz in Kanaky - Probleme und Perspektiven

Autor: Pierre Jadin, März 1999, 15 Seiten, DM 1,-

Nr. 51:

Papua-Neuguinea: Lihir - Ein Fall nachhaltiger Entwicklung?

Autor: Thomas Rude, Mai 1999, 10 Seiten, DM -,50

Die Dossiers sind (zzgl. Versandkosten) über die Infostelle zu beziehen.

Neuere Literatur

amnesty international: **Indonesien - Osttimor**. INFO 5/98 (November/Dezember), Indonesien-/ Osttimor-Koordinierungsgruppe, Bonn 1998, 66 S.

amnesty international: **Indonesien - Osttimor**. INFO 1/99 (Januar bis Mitte März), Indonesien-/ Osttimor-Koordinierungsgruppe, Bonn 1999, 98 S.

Claxton, Karl: **Bougainville 1988-98: five searches for security in the North Solomons Province of Papua New Guinea**. Australian National University, Strategic and Defence Studies Centre, Canberra 1998, ISBN 0-7315-2750-X

Erckenbrecht, Corinna: **Traumzeit. Die Religion der Ureinwohner Australiens**. Kleine Bibliothek der Religionen, Bd. 8, Herder Verl., Freiburg 1998, ISBN 3-451-23484-9

Gizycki, Renate von: **Wo der Tag beginnt, enden die Träume. Begegnungen in der Südsee**. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/ Main 1998, 270 S., DM 19,90

Greenpeace Pacific Limited/ World Wide Fund for Nature (Hrg.): **Sustaining Papua New Guinea`s Natural Heritage. An Analysis of the Papua New Guinea National Forest Plan**. Gerehu, Papua New Guinea, March 1999, 40 S.

Trezise, Percy: **Traumstraße. Eine Entdeckungsreise zu den Felsmalereien der australischen Ureinwohner**. Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1998, 192 S., DM 49,80

Voigt, Anna/ Drury, Neville: **Das Vermächtnis der Traumzeit. Leben, Mythen und Traditionen der Aborigines**. Droemer Verlag, München 1998, 192 S., DM 49,90

Weiss, Florence: **Vor dem Vulkanausbruch. Eine ethnologische Erzählung**. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/ Main 1999, 373 S., DM 24,80

Wolff, Jürgen H.: **Entwicklungspolitik - Entwicklungsländer, Fakten - Erfahrungen - Lehren**. Zweite aktualisierte und erweiterte Auflage, Olzog Verlag, München 1998, 391 S., DM 28,00

**Herausgegeben von der Pazifik-Informationsstelle
Postfach 68, 91561 Neuendettelsau, Tel. 09874-91220,
Fax 93320, e-mail: pazifik@missionswerk-bayern.de,
Redaktion: Susanne Piegsda**